

Katja Kipping

Linke-Chefin fordert Recht auf Sabbaticals

Katja Kipping will, dass Beschäftigte bis zu zwei Jahre im Job pausieren können. In dieser Auszeit sollen sie 65 Prozent des Nettolohns bekommen, aus Steuern finanziert.

30. März 2019, 10:46 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, wk / 255 Kommentare



Katja Kipping setzt sich für steuerfinanzierte und gesetzlich garantierte Sabbaticals ein. Bisher könnten sich nur wenige Privilegierte längere Auszeiten vom Berufsleben leisten, so die Linke-Chefin. © Michele Tantussi/Reuters

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen nach dem Willen von Linke-Chefin Katja Kipping bis zu zwei Jahre lang bezahlt im Berufsleben aussetzen können. Solche gesetzlich garantierten und steuerfinanzierten Sabbaticals seien in der sich

beschleunigenden Arbeitswelt dringend nötig, um aufzutanken und stressbedingten Krankheiten vorzubeugen, heißt es in einem Papier von Kipping für die nächste Bundesvorstandssitzung der Partei am 6. April, das der Rheinischen Post [https://rp-online.de/politik/deutschland/linke-fuer-rechtsanspruch-auf-bezahlte-auszeit_aid-37773197] vorliegt. Viele Beschäftigte wünschten sich dringend eine Auszeit, ohne sich Sorgen machen zu müssen, wie man finanziell über die Runden komme, betont Kipping darin. Bisher könnten sich das aber nur wenige Privilegierte leisten.

Kipping schlägt laut Zeitung eine steuerfinanzierte und sozial abgesicherten Auszeit von drei bis zwölf Monaten vor. Beschäftigte sollen nach ihrem Vorschlag das Recht haben, zweimal in ihrem Berufsleben ein derartiges Sabbatjahr zu nehmen mit einem Rückkehranspruch auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Analog zum Elterngeld soll während des Sabbaticals ein Anspruch auf eine Lohnersatzleistung in Höhe von 65 Prozent des letzten Nettomonatslohns bestehen, je nach Einkommen maximal 1.800 Euro und mindestens 1.050 Euro im Monat. Träger der Sabbaticalleistung könnte demnach eine Abteilung "Qualifizierung und Muße" bei der Bundesagentur für Arbeit sein. Kipping knüpft damit an einen Vorschlag an, den sie bereits im Oktober 2012 gemacht und später erneuert hatte.

Auch der SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil schlug Ende des vergangenen Jahres im Interview mit ZEIT ONLINE [<https://www.zeit.de/arbeit/2018-11/lars-klingbeil-spd-generalsekretar-grundeinkommen-arbeitnehmer-finanzen>] ein Modell vor, in dem Beschäftigte eine bezahlte Auszeit nehmen können. Laut Klingbeils Entwurf sollen Beschäftigte für jedes Jahr, das sie arbeiten, einen Monat Grundeinkommen ansparen. Nach sechs Jahren Arbeit sollen sie dann ein halbes Jahr aussetzen können und nach zwölf Jahren Arbeit ein ganzes. In dieser Zeit sollen sie jeden Monat 1.000 Euro netto bekommen, die Krankenversicherungsbeiträge würde der Staat übernehmen. Im Februar dieses Jahre beschloss die SPD zudem ein Strategiepapier [<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-02/spd-arbeitsrecht-home-office-gesetz>], das unter anderem Zeitkonten vorsieht. Beschäftigte sollen demnach Überstunden oder Gutschriften durch Fort- und Weiterbildungen auf ein persönliches Zeitkonto einzahlen können. Dieses Guthaben könnten sie dann später in Freizeit umwandeln – etwa wenn sie ihre Kinder oder Angehörige pflegen.

VERLAGSANGEBOT

ZEIT Stellenmarkt

Aktuelle Stellen: Pädagogik & Soziales

[https://jobs.zeit.de/stellenanzeigen/branche-erziehung-paedagogik-weiterbildung+branche-sozialpaedagogik-soziale-arbeit+branche-soziologie/Ozw-?&wt_zmc=fix.int.zonaudev.arbeit-ressort.artikel.stellenmarkt_stelleneubersicht.jobbox-ticker.sinnhaftigkeit-

soziales.x&utm_medium=fix&utm_source=arbeit-ressort_zonaudev_int&utm_campaign=artikel&utm_content=stellenmarkt_stellenubersichticker_sinnhaftigkeit-soziales_x]

Aktuelle Jobs

Program Director (f/m/x) for Executive Education team

ESMT European School of Management and Technology GmbH

[Zum Jobangebot](#)

[https://jobs.zeit.de/jobs/program-director-f-m-x-for-executive-education-team-esmt-european-school-of-management-and-technology-gmbh-berlin-1003318?wt_zmc=fix.int.zonaudev.arbeit-ressort.artikel.stellenmarkt_stellenanzeige.jobbox-ticker.sinnhaftigkeit-soziales.x&utm_medium=fix&utm_source=arbeit-ressort_zonaudev_int&utm_campaign=artikel&utm_content=stellenmarkt_stellenanzeige-ticker_sinnhaftigkeit-soziales_x]

Vor wenigen Tagen war bekannt geworden, dass sich die Zahl der Krankentage wegen psychischer Probleme innerhalb von zehn Jahren auf zuletzt 107 Millionen im Jahr 2017 verdoppelt hat [<https://www.zeit.de/arbeit/2019-03/arbeitnehmer-krankentage-psychische-erkrankung-arbeitsministerium-linksfraktion>]. 2018 hatte die Krankenkasse DAK Gesundheit allerdings wieder einen Rückgang der Fehltage wegen psychischer Erkrankungen registriert. Die bei der DAK versicherten Beschäftigten fehlten 5,6 Prozent weniger wegen psychischen Problemen als im Jahr zuvor.